

Bündnis Münster gegen TTIP*

Das Bündnis Münster gegen TTIP ist ein Zusammenschluss zahlreicher politischer Institutionen, Gruppierungen und engagierter Einzelpersonen in Münster.

Unser Ziel: Die Bündelung des Protests gegen sogenannte Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA sowie das Dienstleistungsabkommen TiSA. Die Vernetzung unterschiedlicher Akteure im Kampf gegen die Abkommen und den voranschreitenden Demokratieabbau.

Wir verstehen uns als Teil einer internationalen Widerstandsbewegung. Gemeinsam lassen sich TTIP, CETA und TiSA stoppen.

Spenden

Unsere Kampagnen, Demos und Aktionen kosten Geld. Wir finanzieren all dies ausschließlich über Spenden. Wir freuen uns über finanzielle Unterstützung.

Kontoverbindung

Inhaber: Stefan Niehoff

Bank: GLS-Bank

IBAN: DE 37 4306 0967 4090 7117 00

BIC: GENODEM1GLS

V.i.S.d.P.: Bündnis Münster gegen TTIP, c/o Institut für Theologie und Politik, Friedrich-Ebert-Str. 7, 48153 Münster
tel: +49176/50619034
e-mail: info@muenster-gegen-ttip.de

Ausblick

Trotz Negativerfahrungen wie NAFTA besteht ein Konsortium aus Konzernen, Lobbyverbänden und Politikern auf der Einführung von TTIP. Dabei gibt es, laut Meinung von Experten wie dem Wirtschaftswissenschaftler Dr. Heinz-Josef Bontrup „weder Wachstums- noch Beschäftigungseffekt. Die sind von den Befürwortern der Freihandelsabkommen aber auch gar nicht intendiert. Ihnen geht es um eine noch schärfere Umverteilung der Wertschöpfung zu Gunsten der Kapitaleinkünfte und um noch mehr Erpressungspotenzial gegenüber der demokratisch gewählten Politik, sowie um einen in Folge weiteren Abbau von Sozialstaatlichkeit und Demokratie.“

Wir fordern

1. Den sofortigen Abbruch der Verhandlungen von TTIP und TiSA
2. Den sofortigen Stopp der Ratifizierung von CETA

Was tun?

Informiere Dich und andere – gib unseren Flyer weiter.

Mach mit in unserem Bündnis. Wir treffen uns jeden 1. und 3. Dienstag im Monat im ITP, Friedrich-Ebert-Str. 7 (Hinterhof), 48153 Münster. Jede*r ist willkommen. Infos, Termine, Petitionen und mehr findest Du auf unserer Homepage www.muenster-gegen-ttip.de
Folge uns auf www.facebook.com/MuenstergegenTTIP und www.twitter.com/msvsttip



Gegen die Abkommen TTIP, CETA, TiSA und deren Folgen

Gegen Ausbeutung, Unterdrückung und die Zerstörung der Umwelt

Für ein menschenwürdiges Leben für alle

Für einen gerechten und nachhaltigen Welthandel

Was bedeutet TTIP*?

Bei TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) handelt es sich um ein sogenanntes Freihandels- bzw. Investitionsschutzabkommen, das derzeit zwischen den USA und der EU verhandelt wird. CETA ist ein ähnliches Abkommen, das zwischen der EU und Kanada verhandelt wurde. Den Verhandlungsschwerpunkt bildet bei beiden nicht der Abbau von Zöllen, sondern der Abbau „nichttarifärer Handelshemmnisse“. Dazu gehören neben sozialen und kulturellen auch umweltpolitische Standards, die einer unbeschränkten Marktöffnung im Wege stehen. Mindestlohn, Frackingverbot, Kennzeichnungsvorschriften u.ä. sind in diesem Sinne Handelshemmnisse.

Demokratieabbau und Paralleljustiz

Schon die Verhandlungen zu TTIP sind in höchstem Maße intransparent. Es wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt. Selbst Abgeordnete können sich nur begrenzt informieren. Dagegen haben Wirtschaftslobbyisten schon seit Beginn der Verhandlungen Einfluss auf die Inhalte.

Gleichzeitig schafft TTIP eine unangreifbare, nicht demokratisch legitimierte Paralleljustiz. Das Klagerecht ist ausschließlich Konzernen vorbehalten. Diese könnten Staaten auf Schadensersatz verklagen, wenn Handelshemmnisse wie etwa Umwelt- und Verbraucherschutz zu erwartende Gewinne bedrohen. TTIP sieht hierfür private Schiedsgerichte (oder andere parallele Gerichtsbarkeiten) vor, in denen private Kanzleien unter Ausschluss der Öffentlichkeit rechtlich bindende, nicht revidierbare Urteile fällen. Die bestehende Gerichtsbarkeit wird durch eine nicht demokratisch legitimierte Instanz unterlaufen.

Eine klar absehbare Konsequenz von TTIP wäre also, dass Staaten unter allen Umständen vermeiden müssten, nichttarifäre Handelshemmnisse zu schaffen. Nationale Parlamente geben mit TTIP ihre Souveränität ab. Damit verlieren auch wir Bürger*innen unser Stimmrecht – Wenn die Abgeordneten nicht mehr frei entscheiden können, spielt es auch keine Rolle, wen wir wählen. Was für die Konzerne Handelshemmnisse sind, sind für uns Bürger*innen jedoch gesellschaftliche Errungenschaften, wie etwa Mindestlohn, Umweltschutzstandards und Verbraucherschutz.

Umwelt- und Klimaschutz in Gefahr

Das Frackingverbot, das Einfuhrverbot gentechnisch veränderter Organismen, das Verbot bestimmter Substanzen (z.B. Pestizide) und Vorschriften zum Klimaschutz wären unter TTIP Handelshemmnisse. Nationalen Parlamenten wäre es nicht mehr möglich, neue Nachhaltigkeitsstandards zu setzen. Damit rückt auch das Erreichen der 2015 in Paris beschlossenen Klimaziele in weite Ferne.

Wasser ist ein Menschenrecht

Die Daseinsvorsorge ist hierzulande größtenteils noch in öffentlicher Hand. Bereiche wie das Bildungswesen, der soziale Wohnungsbau, der öffentliche Nahverkehr, aber auch die Versorgung mit Wasser, Energie und Gesundheit müssten sich unter TTIP dem Markt öffnen. Staatliche Instanzen hätten dann keinen Einfluss mehr auf die Qualität der Versorgung, im Gegenteil: Das Gewinninteresse transnationaler Konzerne stünde in direkter Konkurrenz zum öffentlichen Interesse an einer guten und bezahlbaren Versorgung.

Beim geplanten Abkommen TiSA geht es um die möglichst vollständige nicht rückführbare Privatisierung sämtlicher insbesondere öffentlich geförderter Dienstleistungen. Zahlreiche in den 90ern erfolgte Privatisierungen im Bereich Wasser- und Energieversorgung etwa in Berlin (hier: Verlust von 3000 Arbeitsplätzen) und Portugal (Preisanstieg für Wasser um 400%) wurden aufgrund massiver Misswirtschaft und nicht eingehaltener Versprechen bereits wieder in die öffentliche Hand rückgeführt.

Verlust der kulturellen Vielfalt

Unser Staat sieht in der Bewahrung der kulturellen Vielfalt eine besondere Aufgabe. Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung dieser Vielfalt, wie die Buchpreisbindung oder die finanzielle Förderung von Museen, Theatern und kulturellen Initiativen wären mit TTIP ein Handelshemmnis.

Verbraucher ohne Schutz

In den USA und z.B. Kanada gilt das Nachsorgeprinzip. Das heißt, wenn nicht exakt wissenschaftlich nachgewiesen ist, dass ein Produkt schädlich ist, muss es zugelassen werden. Das in der EU geltende Vorsorgeprinzip kann als Handelshemmnis umgedeutet werden.

Schutzvorschriften im Bereich gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere sowie die Kennzeichnungspflicht für entsprechende Produkte wären mit TTIP ein Handelshemmnis und in Gefahr. Für uns Bürger*innen dürfte es also schwierig werden, künftig gentechnikfreie Nahrung zu kaufen.

Kleinere bäuerliche und Bio-Betriebe würden durch TTIP in Gefahr geraten. Wenn Zölle und Schutzvorschriften fallen, könnten sie mit den Agrar-Riesen der USA nicht mithalten. Eine Weiterentwicklung des Verbraucherschutzes wäre so gut wie unmöglich, da Klagen drohten.

Schutzfreie Arbeitswelt

Arbeitnehmerrechte und Arbeitsstandards können derzeit noch unabhängig im Bundestag beschlossen und über Gewerkschaften verhandelt werden. Die Umdeutung dieser hart erkämpften sozialen Errungenschaften in Handelshemmnisse macht sie durch Schiedsgerichtsverfahren angreifbar. Die Ausweitung dieser Errungenschaften wird damit undenkbar, im Gegenteil: Die Gefahr, dass bestehende Standards durch den mit TTIP steigenden Wettbewerbsdruck gemindert und letztlich abgeschafft werden, ist groß. In den USA zeigen sich zunehmend Entwicklungen zur gezielten Entmachtung von Gewerkschaften.

Die Industrieverbände preisen die Abkommen als Wirtschaftsmotor an und weisen auf die Entstehung von Arbeitsplätzen hin, aber selbst das ifo-Institut prognostiziert nur ein homöopathisches Wachstum von 0.05 % pro Jahr. Das seit 1994 bestehende Handelsabkommen NAFTA hat dies eindrücklich bewiesen. Entgegen sämtlicher Versprechen gingen über 300.000 Arbeitsplätze verloren, Arbeitnehmer-Standards und Reallöhne sanken.